

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher - Gesamtnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. November 1925 bei täg. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark.
Postbezugspreis für Monat November 3 Mark. Einzelnummer 12 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 10 mm breite Zeile 20 Pf., außerhalb 25 Pf., Überschriften 10 Pf. Zusatz-Abgabe gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38-42.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. "Dresdner Nachr." zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Reichstags-Debatte über Locarno. Graf Westarp begründet die Ablehnung der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Beginn der Aussprache im Reichstage.

(Zusammenfassung unserer Berliner Korrespondenz.)

Berlin, 24. Nov. Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann und die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Die erste Lesung der Locarno-Verträge wird fortgesetzt. Als erster Redner der Parteien nimmt

Abg. Weis (Soz.)

das Wort, der die ungeheure Bedeutung der Vorlagen betont. Wie man auch zu den Verträgen stehe, jeder müsse einsehen, daß wir jetzt am Wendepunkt der europäischen Politik ständen. Es frage sich nun, ob von jetzt an ein neuer Geist die Völker beherrschen solle, oder ob man in den bisherigen Bahnen weitergehen solle. Die ungeheure Wirtschaftskrise zwingt alle Staaten dazu, ein neues Verhältnis zueinander zu schaffen.

Die west- und mitteleuropäischen Staaten sind heute so miteinander verbunden, daß wirtschaftliche Erschütterungen eines derselben in ihren Folgen und Wirkungen allgemein schwer empfunden werden. Wir haben jetzt die Stunde, die zum Handeln zwingt. Die Zahl der verpackten Gelegenheiten ist in Deutschland groß genug, als daß man sie noch vermehren könnte. Der Redner fragt die Deutschnationalen, ob sie eine Vorkehrung davon hätten, was Deutschland zu leiden hätte, wenn Locarno von Deutschland allein abgelehnt würde und Deutschland sich dadurch isolierte. Locarno richte sich in seinem Punkte gegen Rußland. Deutschland wolle kein isoliertes Rußland. Andererseits wäre aber ein Militärbündnis zwischen Reichswehr und Roter Armee gegen Westeuropa ein unangenehmer Gedanke. Ein solches, über Kapallo hinausgehendes Bündnis wäre ein Verbrechen am europäischen Frieden. Der Redner der Sozialdemokraten aus der Kriegszeit müsse weggeräumt werden.

Der Redner bestreitet, daß die Deutschnationalen von Anfang an Gegner des Sicherheitspaktes gewesen seien. In einer Sitzung der konservativen Partei, deren Führer auch Graf Westarp sei, sei die Zahl der Gegner des Sicherheitspaktes in der deutschnationalen Fraktion auf wenig mehr als ein halbes Dutzend geschätzt worden. (Hört, hört!) In der gleichen Sitzung habe Graf Westarp bei der Verteidigung seiner vorhergehenden Reichstagsrede geäußert, er habe sich doch nicht hinstellen und sagen können, die Deutschnationalen würden den Verzicht auf Entschärfung nicht anerkennen. (Hört, hört! links.) Ferner habe er erklärt, daß er sich für eine gewisse Entschärfung abgeben würde. Auf Hindenburg sei aber schwerer Einfluß zu gewinnen. Das Protokoll der betreffenden Sitzung befindet sich in seinen Händen, und es werde noch weiterer Gebrauch davon gemacht werden. In der gleichen Sitzung sei auch festgestellt worden, daß die Annahme des Sicherheitspaktes zu einer Schädigung der Deutschnationalen Partei führen würde. Deshalb komme man zur Abschnung. Alle Versuche zur Realisierung umzubringen. Ich bitte den Redner, würden er das ein, wenn nicht eine vollkommene Kursänderung im republikanisch-demokratischen Sinne erfolgt. Wir nehmen Locarno an, als Beginn eines unter der Herrschaft der Sozialdemokratie stehenden Europa.

Präsident Lohse teilt mit, daß auch ein vollständiges Mißtrauensvotum eingegangen ist. Ferner ein Antrag der gleichen Partei für den Fall der Annahme, die Verkündung des Gesetzes um zwei Monate auszuschieben.

Abg. Graf Westarp (D.-N.):

Das Protokoll einer Sitzung der konservativen Partei, auf das sich Abg. Weis bezogen hat, enthält einen so unangenehmen Hinweis, daß ich nicht nötig habe, mich ersthaft damit zu befassen. Die Sozialdemokratie hat wieder einmal gesagt, daß sie uns nur mit unehrlichen Mitteln bekämpfen kann. (Hört, hört, links, rechts.) Meine Freunde und ich werden die Behauptung einstimmig ablehnen. Die schwarzen Angriffe, denen wir uns dadurch aussetzen, haben wir vorauszuweisen, sie können uns nicht irren machen. Wir setzen ihnen die guten Gründe unserer sachlichen Haltung entgegen. Wenn die Sozialdemokratie die Aufkündigung wahr macht, sie werde den Kampf für Locarno und gegen uns unter der Parole "Krieg oder Frieden" führen, so beweist sie auch damit, daß sie gegen uns nur mit unehrlichen Bewusstseins zu kämpfen weiß.

Kein Mensch glaubt im Ernst, daß wir wahnhaftig genug wären, unter wehrlosem Volk in einen Krieg mit seinen bis an die Zähne bewaffneten Nachbarn gehen zu wollen. Falls es so, wenn behauptet wird, wir lehnten den Gedanken der Verkündung und der Verständigung grundsätzlich ab.

Auch wir wollen die Verständigung Deutschlands mit seinen Nachbarn, nur muß es eine Verständigung sein, die die feindlichen Truppen von deutschem Boden entfernt, die Deutschland wirklich Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung bringt.

Und dann müssen auch die anderen, die so oft von Deutschland Beweise seines guten Willens fordern, auch einmal den guten Willen zeigen, als das entsetzliche Unrecht und die Gewalt, die sie in den nunmehr elf Kriegsjahren gegen Deutschland ausgeübt haben, wieder gutzumachen oder doch wenigstens aufhören zu lassen.

Unsere Bedenken, ob die Zeit hierfür schon reif sei, während eine mehr denn je in Waffen starrnde Welt Deutschland zur Wehrlosigkeit zwingt, waren stets groß. Weder ist es noch wahrscheinlich, daß der Völkerbund des Versailles Vertrag Raum für ein freies, wirklich gleichberech-

tigtes Deutschland bietet, noch vermochten wir von Anfang an die Forderung des schwer bewaffneten Frankreich, Sicherheit gegen das wehrlose Deutschland zu erhalten, als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen anzusehen, die Deutschland der Befreiung näherbringen würden. So sind denn die Verhandlungen, deren Ergebnis jetzt zur Veröffentlichung stehen, ohne unser Vorwissen und gegen unsere Absicht eingeleitet worden. Als wir im Januar in die Regierung eintraten, fanden wir das im Septembermemorandum von der Regierung Marx-Stresemann gemachte Angebot vor, in den Völkerbund einzutreten. Wir haben keinen Zweifel gelassen, daß wir ihm nicht zustimmten. Gleichfalls ohne unser Vorwissen erfolgte im Februar memorandum das Anerbieten zu Verhandlungen über Sicherheits- und Schiedsverträge. Sobald wir im März davon erfahren, haben wir Kritik und Widerspruch erhoben, in der Hauptsache dagegen, daß eine Garantie der Wehrlosen des Versailles Vertrags, also ein freiwilliger Verzicht auf deutsches Land, angeboten war.

Der Redner begründet dann die Teilnahme der Deutschnationalen mit dem Auslande an den Verhandlungen als den ersten Verlust, durch Verhandlungen festzustellen, ob der Eintritt in den Völkerbund und der Abschluß der Schieds- und Sicherheitsverträge sich so gestalten lasse, daß dadurch auch nach der Auffassung der Deutschnationalen eine wahre, auch für Deutschland vorteilhafte, im die Gleichberechtigung und die Freiheit von seinen unerträglichen Lasten bringende Verständigung erreicht würde. Graf Westarp erwähnt die von den Deutschnationalen aufgestellten bekannten Vorbedingungen und Forderungen, sowie die Richtlinien, welche die Deutschnationalen unmittelbar vor der Abreise der Delegation nach Locarno überreichten, und betont, daß sie stets klar und bestimmt ausgesprochen, daß die Annahme des Verhandlungsresultates von der vollen Erfüllung der von den Deutschnationalen erstellten Bedingungen abhängig sein müsse. Zu unserer Befriedigung, fährt Graf Westarp fort, konnten wir feststellen, daß wir für unsere Auffassung mehr und mehr volles Verständnis fanden. Unsere Voraussetzungen konnten wir schließlich, ohne Widerspruch zu finden, als national selbstverständlich bezeichnen.

Die Note vom 20. Juli stellte den französischen Forderungen ein in den meisten Punkten direkt widersprechendes deutsches Verhandlungsprogramm entgegen. Jeder Verzicht auf deutsches Land und Volk sollte ausgeschlossen sein. Auch in den folgenden Verhandlungen bis zu dem Kommuniqué über die Schuldfraage vom 2. Oktober wurde Deutschlands Verhandlungsprogramm immer klarer in einem uns befreienden Sinne anerkannt und ausgearbeitet.

Die Richtlinien des Kabinetts, die für Locarno beschlossen wurden, sind der Öffentlichkeit nicht bekannt. Ich stelle fest, daß sie in den wesentlichsten Punkten dasjenige, was auch wir für nötig hielten, zum mindesten als die von den Unterhändlern zu erzielenden Ziele enthielten. Das uns heute zur Verfügung stehende vorliegende Ergebnis der Verhandlungen entspricht diesen Richtlinien nicht, und wird deshalb den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht. Wenn wir es deshalb ablehnen, so sind nicht wir die Verleumdung, die den bisherigen Boden der Verhandlungen verlassen.

Mit Rücksicht auf die seitigen Ausführungen des Reichskanzlers acht der Redner in die Einzelheiten des Nachweises der

Unannehmbarkeit des Vertragswerkes

ein. Jeder Verzicht auf deutsches Land, so betont er, jede erneute und freiwillige Anerkennung des Versailleser Traktats muß durch die Restitutions und die zeitliche Verhinderung der abzuschießenden Verträge ausgeschlossen sein. Aus der Präambel des in London aufgestellten Paktesentwurfs hat man die Verzichtsklausel entfernt, dafür aber den Art. 1 des Sicherheitspaktes jener Präambel wesentlich angenähert. (Hört, hört! rechts.)

Seider sind Vorkerungen aus autoritativem Munde von fast allen Vertragsgegnern bekannt geworden. In denen der Inhalt des Art. 1 schlüssig ist. Verzicht auf jede Änderung des territorialen Status quo hinsichtlich wird, dagegen keine Vorkerung, in welcher die ausländischen Staatsmänner diesem Verzicht die deutsche Auslieferung angeben hätten, die ihm lediglich auf Krieg und kriegerische Maßnahmen beschränken will.

(Hört, hört! rechts.) Gegenüber den Erklärungen des Reichskanzlers äßert der Redner halbamtliche Meldungen aus Frankreich und England sowie Polen und der Tscheko-Slowakei. Unsere Delegierten sind vor dem Abschluß eindringlich auf diesen Widerspruch hingewiesen worden und Herr Schiele hat auch darauf gedrängt, ihn durch diplomatische Verhandlungen zu klären. (Hört, hört!) Auch dafür, daß Art. 6 des Sicherheitspaktes als neues Anerkenntnis des gesamten Versailles Vertrags von der Gegenseite ausgesetzt wird, daß Polen sich auf die Präambel seines Schiedsvertrages beruft, wenn es behauptet, Deutschland habe auch die Ötrogenen für immer anerkannt, sind maßgebende Stimmen anzuführen. Auch hier nähern uns die besten deutschen Auslegungen nicht, da ihnen die Auffassungen der anderen entgegenstehen. — Der zweite Grundgedanke der anerkannten deutschen Richtlinien ist der, daß

Deutschland als Land der Mitte Europas seine Handlungsfreiheit wahren muß.

Wenn jetzt England das Werk von Locarno besonders beflissen betreibt, so will es Deutschland in den Kreis der Wehrlosigkeit ziehen (Hört, hört! rechts.)

Der erste Schritt zu kulturpolitischer Gesetzgebung.

Von Dr. Ellenbeck, Mitglied des Reichstages.

Nachdem im Sommer neben den außenpolitischen die Fragen der Wirtschaft die Arbeiten des Reichstages vornehmlich beherrschten, sind im Winter bringende kulturpolitische Aufgaben zu lösen. Diese gruppieren sich um die Probleme der Jugend- und Berufsbildung (Reichsjugendgesetz) und des Jugendschutzes. Mit dem am ersten Tage vom Hause in erster Lesung behandelten Entwurf „eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund und Schmutzschriften“ ist der letztere Fragenkomplex angechnitten worden. Zusammen mit einem von Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen gemeinsam eingebrachten Antrag auf Änderung von § 184 des Strafgesetzbuchs, wird die Beratung im Sachausschuß bereits in dieser Woche beginnen. Damit wird eine Debatte wieder aufgenommen, die seit Jahrzehnten Gegenstand heftiger Meinungsverschiedenheiten zwischen rechts und links gewesen ist und die auf fundamentale Fragen der Weltanschauung zurückgeht.

Die Gestaltung dieses Kampfgesetzes ist heute von größter Bedeutung denn je zuvor. Die Erschütterung aller Autoritäten durch die Revolution hat im Namen einer sogenannten Freiheit auf dem Gebiete literarischer und bildlicher Produktion so viel Hemmungslosigkeit in Bezug auf die Grenzlage von Würde, Geschmack und Sitte wirksam werden lassen, daß das heranwachsende Geschlecht davon schwer bedroht ist. Solche Bedrohung wirkt sich doppelt aus in einer so reizbaren Zeit wie der unseren, in der die Phantasie erregter und aufnahmefähiger ist, als in stabileren Perioden der Vergangenheit.

Unser Volk aber, das politisch und wirtschaftlich in schwerem Existenzkampf steht, bedarf eines Nachwuchses, der rein und klar in Sinnen und Tugenden ist, und ein seines Bewußt für alle Fragen der Ethik seines Volkstums hat. Nur in einer solchen Jugend kann auch der Gedanke der Freiheit lebendig bleiben.

Was heißt „Schund und Schmutz“? Der Gesetzesentwurf verzichtet auf den Versuch einer Begriffsbestimmung und legt diese in die Hand des entscheidenden Orients, von dessen Sachverständigen „je einer den Kreis der Kunst und Literatur, des Buch- und Kunsthandels, der Jugendmohlschicht und der Volksbildung zu entnehmen ist“. Damit wird die Grenzsetzung eine Frage von Geschmack, Takt und persönlicher Kultur und stellt die damit Betrauten vor eine große Verantwortung.

Der zentrale Gefahrpunkt der Schmutzzeugnisse jeglicher Art liegt meines Erachtens in der völligen Unterminierung der Stellung der Frau. Die Betrachtungsweise des weiblichen Geschlechts lediglich unter sexuell-erotischem Gesichtspunkt bedeutet in einer Zeit, die die politische Emanzipation der Frau gebracht hat, zugleich ihre Erniedrigung zum Dornenhäufchen und damit eine Verächtlichmachung der tiefsten tragenden Kraft jedes Volkstums, der Ehrfurcht vor der Frau als der Mutter des Volkes.

Hier ist der Frauenbewegung eine Aufgabe gestellt, mit deren Lösung die Wertuna der Frau als gleichberechtigte Menschenpersönlichkeit steht und fällt. Ein Volk, das die Würde der Frau nicht schützt durch den Ring, den ehrentätige Ehen und Keuschheit zieht, kann sich nicht wundern, wenn ihm später die Familien fehlen, in denen Persönlichkeiten deutscher Art herangezogen werden, und Mütter, die ihren Söhnen die Bereitschaft, für Ehre und Freiheit jeden Einsatz zu wagen, als letzte väterliche Pflicht gebieten.

Durch jenen lässlichen Intellektualismus, der heute mit Skepsis und Hohn alle ethischen Werte nationalen Lebens gerührt, werden die Kräfte, die unser Volkstum jenseits seiner mechanischen Gesetze durchgeistigen, planmäßig vernichtet.

Bekanntlich lehnt die Linke jede Errichtung von Dämmen gegen die Fluten der Schundliteratur mit der Behauptung ab, der freie Bürger des Volkstaates werde aus eigener Kraft die rechte Wahl treffen und Ritsch und Gemeinheit abwehren. Es sei gut und notwendig, ihm den Kampf solcher freien Entscheidung nicht zu ersparen. Wir sehen die Dinge kritisch-realistisch an. Die Bitte des Vaterunser: „Führe mich nicht in Versuchung“, scheint uns tiefe Weisheit in der Einschätzung des Menschen zu enthalten. Gewiß, ein rechter Kampf lohnt. Und auch wir wünschen unserer Jugend, daß sie Schwierigkeiten zu überwinden lerne. Aber Ereignisse von Gemeinheit und Verwerflichkeit dürfen nicht den Anspruch darauf erheben, als ethische Kampfobjekte gewertet zu werden. Wir haben unser Volk und namentlich unsere Kinder zu lieb, um sie der Gefahr einer Verfeuchung ohne Not auszusetzen.

Das Gesetz plant Drei-Viertel-Mehrheit bei der Entscheidung. Diese Erleichterung wird von rechts scharf angefochten werden. Der Schaden, wenn einmal ein Ereignis zu Unrecht verurteilt wird, ist weit geringer als die Gefahr, eines zu weitmaßigen Naches. Aus den oben angeführten Gründen wird die Einziehung einer Frau als Sachverständige zu fordern sein.

Natürlich kann das Gesetz oft auch nur bedingt helfen. Aber wenn zu gleicher Zeit der Jugendschutz vor Kino und Theater ausgebaut und kritische Erziehung der Jugend gesichert ist, so ist immerhin manches geschehen.